

## **UNTERRICHTUNG**

**durch die Landesregierung**

**Bericht zur Bildung einer Repräsentanz in St. Petersburg**

## A. Einleitung

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 09.05.2007 einen Antrag angenommen (Drucksache 5/484), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, „im Rahmen der Ostseekooperation die Beteiligung an einer Gemeinsamen Repräsentanz mit Hamburg und Schleswig-Holstein in St. Petersburg zu prüfen und den Landtag bis zum 31. Dezember 2007 zu unterrichten“. Weiterhin heißt es, dass „mögliche haushaltsseitige Auswirkungen und deren Absicherung dabei ebenso einzubeziehen *sind* wie die finanzielle Beteiligung interessierter Dritter“.

## B. Sachstand

Die Landesregierung hat im Zuge der Umsetzung des Berichtsauftrages die möglichen Optionen der Einrichtung einer Repräsentanz in St. Petersburg geprüft. Die Prüfung umfasste folgende Aspekte:

- Gespräche mit den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg hinsichtlich einer möglichen Beteiligung des Landes am Hanse-Office in St. Petersburg,
- Gespräche mit den Wirtschaftsorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern bezüglich der Einrichtung und operativen Ausrichtung einer Repräsentanz in St. Petersburg und einer möglichen finanziellen Beteiligung,
- Prüfung der organisatorischen, finanziellen und inhaltlichen Zielsetzung und Ausrichtung der Gemeinsamen Repräsentanz in St. Petersburg.

Die Ergebnisse der Gespräche mit den verschiedenen Partnern in- und außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Das Hanse-Office von Hamburg und Schleswig-Holstein in St. Petersburg verfolgt in erster Linie das Ziel, die Beziehungen zwischen Hamburg/Schleswig-Holstein und St. Petersburg bzw. dem föderalen Bezirk Nordwestliches Russland zu fördern. In diesem Sinne initiiert und begleitet das Hanse-Office Projekte und Vorhaben, entwickelt und pflegt Kontakte, organisiert Veranstaltungen und nimmt an geeigneten Veranstaltungen Dritter teil. In die Zuständigkeit des Hanse-Office fallen allerdings weder Wirtschaftskontakte und Firmenbetreuung noch Hafentourismus und Hafengeschäft, da die Handelskammer Hamburg und die Hafen Hamburg Marketing selbst in St. Petersburg vertreten sind. Das Hanse-Office ist derzeit mit einem Raum im Haus der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg untergebracht. In dem Büro ist eine Person (Ortskraft) beschäftigt, die für Hamburg und Schleswig-Holstein gleichermaßen zuständig ist. Die Personalkosten belaufen sich auf rund 13.000 € p. a. Hinzu kommen die Sachkosten, deren Höhe zurzeit nicht genau ermittelbar ist. Das Büro wird gemeinsam mit Hafen Hamburg Marketing betrieben.

2. Die Landesregierung hat Gespräche mit den Wirtschaftsorganisationen des Landes über eine mögliche Beteiligung an einer Gemeinsamen Repräsentanz mit den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein in St. Petersburg geführt. Dabei wurden Aufgabenstellung, Format, Organisation und Finanzierung einer solchen Einrichtung erörtert. Im Ergebnis der Gespräche ist festzustellen, dass aus Sicht der Wirtschaft eine Präsenz Mecklenburg-Vorpommerns in St. Petersburg (mit Zuständigkeit für den Großraum Nordwestrussland) generell befürwortet wird. Da das Hanse-Office in seiner bestehenden Form und Aufgabenstellung keine Basis für ein gemeinsames Büro zur Wirtschaftsförderung darstellt, haben die Wirtschaftsorganisationen dafür plädiert, von einer Beteiligung am Hanse-Office insoweit Abstand zu nehmen. Stattdessen wurde die Bildung eines Projektfonds angeregt, an dem sich Land und Wirtschaft mit gleichen Anteilen beteiligen sollen. Aus diesem Fonds sollen gemeinsame Projekte und Aufträge mit Schwerpunkt auf St. Petersburg/Kaliningrad und darüber hinaus in der gesamten Region Nordwestrussland finanziert werden. Diese Vorhaben werden von der Wirtschaft und der Landesregierung für die nächsten zwei Jahre gemeinsam definiert und in Zusammenarbeit mit der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg durchgeführt. Dabei ist bisher verabredet, sich für die weitere Vorbereitung und Abstimmung auf diejenigen Verbände und Institutionen zu beschränken, die sich auch (angemessen) finanziell an dem Projekt beteiligen.
3. Zwischen den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern besteht nach den geführten Gesprächen Einigkeit, die Zusammenarbeit im Großraum St. Petersburg in Zukunft zu verstärken und die Präsenz der drei Länder im Ostseeraum grundsätzlich zu arrondieren. Neben Gesprächen auf Arbeitsebene ist dieser Aspekt im Rahmen der trilateralen Kabinettsausschusssitzung der Freien und Hansestadt Hamburg, der Landesregierung Schleswig-Holstein und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern am 30.10.2007 in Zarrentin erörtert worden. Weitere Gespräche auf politischer Ebene zwischen den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gab es am 02.11.2007 in Hamburg, in deren Verlauf die Rahmenbedingungen in St. Petersburg für eine Wirtschaftsinteressensvertretung erörtert worden sind.

### **C. Bewertung**

Aufgrund der bisherigen Ausrichtung des Hanse-Office auf nicht wirtschaftsbezogene Fragen einerseits und der Konzentration der Wirtschaftsvertretung auf das Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg andererseits erscheint es aus Sicht der Landesregierung wenig sinnvoll, daneben parallel eine Wirtschaftsvertretung aufzubauen. Insoweit ist zurzeit ein Mehrwert nicht ersichtlich, hierin besteht Einigkeit mit den Interessensvertretungen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Bei dieser Situation ist es aus Sicht der Landesregierung allerdings sinnvoll, die vorhandenen Instrumente der Wirtschaftsförderung für St. Petersburg und den Großraum Nordwestrussland stärker zu nutzen und in Form eines Projektes in Zusammenarbeit mit dem Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg zu erarbeiten und umzusetzen. Hierher gehören beispielsweise Workshops, Delegationsreisen, Messen, Wirtschaftssprechtage, Präsentationen etc. Nach Ablauf des Projektes wird zu prüfen sein, welche Fortschritte in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen in die Region zu verzeichnen sind. Erste Gespräche mit dem Leiter der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg haben Anfang Dezember stattgefunden und werden Anfang 2008 fortgesetzt.

Im Hinblick auf die Finanzierung des Projektes sollten die im Haushaltsplanentwurf 2008/2009 veranschlagten Mittel in Höhe von 30.000 € (0301.533.07) zu zwei Drittel (20.000 €) für das Wirtschaftsprojekt eingesetzt und in gleicher Höhe durch Mittel der Wirtschaftsverbände aus Mecklenburg-Vorpommern ergänzt werden. Unabhängig davon ist vorgesehen, bei einschlägigen Maßnahmen (z. B. Messen, Kooperationsbörsen) die finanziellen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung einzusetzen.

Im Hinblick auf das Hanse-Office sollte die Option einer gemeinsamen Interessensvertretung mit den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein wahrgenommen werden. Hierdurch kann vor allem die Sichtbarkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern in St. Petersburg gewährleistet werden. Zudem sollte zum Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen auch der nicht wirtschaftsbezogene Bereich (z. B. Jugend, Bildung, Kultur) nicht vernachlässigt werden. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern mit dem Leningrader Gebiet eine Partnerschaft unterhält. Insoweit stellt es aus Sicht der Landesregierung für Mecklenburg-Vorpommern bei begrenztem Mitteleinsatz einen Mehrwert dar, sich an der bisherigen Gemeinsamen Repräsentanz der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zu beteiligen. Die vorhandenen personellen Kapazitäten des Hanse-Office erlauben in einem gewissen Umfang eine Ausweitung der bisherigen Tätigkeiten. Neben einem Schild am Hanse-Office, das dann auch auf Mecklenburg-Vorpommern hinweist, könnte das Büro als Informationsstelle für und über Mecklenburg-Vorpommern genutzt und für die Anbahnung und Begleitung von Projekten im nicht wirtschaftlichen Bereich, vor allem mit dem Leningrader Gebiet, genutzt werden. Erste Gespräche mit der Leiterin des Hanse-Office haben im November stattgefunden.

Von den im Haushaltsplanentwurf für die Repräsentanz in St. Petersburg veranschlagten Mittel sollen 10.000 € für das Hanse-Office vorgesehen werden, zum einen für eine Beteiligung an den Personal- und Sachkosten, zum anderen zur Begleitung von Projekten. Auch hier ist im Übrigen zu prüfen, welche im Haushaltsplan in die Zuständigkeiten der Ressorts fallende finanziellen Mittel für nicht kommerzielle Projekte im Einzelfall eingesetzt werden können.

Die Landesregierung ist der Auffassung, mit dem vorstehend aufgezeigten zweigleisigen Ansatz einerseits der politischen Zielstellung eines verstärkten Engagements im Raum St. Petersburg/Großraum Nordwestrussland und andererseits einer politisch wünschenswerten gemeinsamen Repräsentanz mit Hamburg und Schleswig-Holstein am ehesten entsprechen zu können. Auf diese Weise kann mit einem begrenzten Mitteleinsatz ein möglichst hohes Maß an Effizienz erreicht werden. Durch die enge Einbindung der Wirtschaft des Landes ist nicht nur ein gutes Maß an Partnerschaft gewährleistet, sondern auch dafür Sorge getragen, die Aktivitäten bedarfsgerecht zu entwickeln. Insoweit muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass die Ausweitung der Präsenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern in St. Petersburg und nordwestrussischen Raum - wie überhaupt im gesamten Ostseeraum - das fortlaufende Engagement aller öffentlichen und privaten Institutionen und Verbände im Land voraussetzt. Vor allem im Hinblick auf den Ausbau der Wirtschaftskontakte ist es Aufgabe der Wirtschaft des Landes, vertreten durch ihre Organisationen und Verbände, die inhaltlichen und operativen Anforderungen und Ziele aus dem Blickwinkel der Unternehmensinteressen zu benennen und zu deren Umsetzung operativ und finanziell beizutragen. Im Hinblick auf nicht wirtschaftliche Projekte sind ebenfalls Initiative und Phantasie der zahlreichen Verbände und in Betracht kommenden Projektträger gefragt.